

Was heißt Kürzungspolitik für die Menschen?

MODUL

V

.....

.....

.....

.....

Was heißt Kürzungspolitik für die Menschen?

Was ist die Troika und wer hat sie gewählt, was ist mit dem Geld »für Griechenland« und andere Staaten passiert, wie geht es den Menschen in den Krisenstaaten und und was sind Alternativen zur Sparpolitik?

Inhalt

Einführung

V.1 **Arbeitsblatt: Wohin fließt das Geld für Griechenland?**

·M1: An den Menschen vorbei (*Süddeutsche Zeitung*)

V.2 **Arbeitsblatt: Wie wirkt Kürzungspolitik (Austerität)?**

·Methode: Gruppenpuzzle

·M1: Warum Dublin und Lissabon keinen Tsipras haben
(*Le Monde Diplomatique*)

V.3 **Datenblatt: Deutschland, Griechenland, Irland, Portugal und Spanien**

V.4 **Infoblatt: Was heißt Austerität?**

V.5 **Arbeitsblatt: Jugendarbeitslosigkeit in Europa**

·M1: Interview zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa (*Die Zeit*)

V.6 **Arbeitsblatt: Soziale Situation und Migration in Europa**

·Methode: Argumentationskarte

·M1: Angebot für ein Praktikum in Portugal (*Bundesagentur für Arbeit*)

·M2: Interview zur sozialen Situation in Spanien (*Attac*)

·M3: Pressemitteilung zur Anwerbung spanischer Erzieherinnen (*Stadt Mainz*)

V.7 **Arbeitsblatt: Wer hat die Troika gewählt?**

·M1: Völlig losgelöst (*Der Tagesspiegel*)

·M2: Infotexte zu Akteuren der Krisenpolitik

V.8 **Arbeitsblatt: Alternativen zur EU-Kürzungspolitik**

·Methode: Expertenanhörung

·M1: Ein Marshall-Plan für Europa (*Deutscher Gewerkschaftsbund*)

·M2: Vergesellschaftung des Kreditsektors (*Emanzipation*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Die heute praktizierte europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik basiert auf dem 1997 im Vertrag von Amsterdam verabschiedeten »Stabilitäts- und Wachstumspakt«. Dieser sah vor, Mitgliedsstaaten mit Defiziten im öffentlichen Haushalt von über drei Prozent (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) zu sanktionieren. Auf die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die damit verbundenen ansteigenden Staatsverschuldungen reagierte die Europäische Union auf Betreiben Deutschlands im Januar 2012 mit der Entwicklung des Fiskalpaktes (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion). Sie entschied sich damit für eine Politik der Austerität, des Sparens, um die Finanzmärkte zu beruhigen.

Der Fiskalpakt sieht ein maximales jährliches Haushaltsdefizit von 0,5 Prozent des BIP (Defizitkriterium) sowie die Einführung nationaler Schuldenbremsen bis 2018 vor, mit der die Staatsschulden jährlich um ein Zwanzigstel der Differenz zwischen der aktuellen Schuldenquote und dem Zielwert von 60 Prozent reduziert werden müssen (Schuldenkriterium). Ergänzend zum Fiskalpakt wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen, der als »Rettungsschirm« zur Verhinderung von Staatsbankrotten überschuldeter EU-Mitgliedsstaaten fungiert. Überschuldete Eurostaaten können günstige Kredite aus dem ESM erhalten, welche jedoch an die nachweisliche Planung und Umsetzung einer restriktiven Haushaltspolitik gebunden sind. Außerdem müssen Maßnahmen zur Senkung der Arbeitskosten umgesetzt werden. Festgelegt werden die entsprechenden Maßnahmen in einem sogenannten »Memorandum of understanding« zu dessen Einhaltung sich die Regierung gegenüber der Troika beziehungsweise den »Institutionen« (s. u.) verpflichtet.

Die Sparpolitik der EU wird auf verschiedenen Ebenen kritisiert: Zunächst wird eingewandt, dass es nicht sinnvoll ist, wenn Staaten versuchen sich aus einer Krise »herauszusparen«. Die Einsparungen besonders im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, im Sozialwesen und im Bildungswesen führen Kritiker_innen zufolge zu einer verringerten Wirtschaftskraft. Zudem ist diese Politik mit sinkenden sozialen Standards und erheblichen sozialen Kosten (z. B. Arbeitslosigkeit) verbunden. Kritik auf einer anderen Ebene zielt auf die fragwürdige demokratische Legitimation der »Institutionen«, welche die Austeritätspolitik durchsetzen, also der Troika, bestehend aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

In diesem Zusammenhang ergeben sich unter anderem die folgenden Fragen: Welche Hilfszahlungen hat es gegeben und inwiefern sind diese den Bürger_innen verschiedener Staaten oder doch eher Banken zugutegekommen? Wie wirkt sich die beschlossene EU-Kürzungspolitik auf wirtschaftliche sowie soziale Aspekte aus? Welche positiven und negativen Effekte kann sie produzieren? Was bedeuten die mit der EU-Austeritätspolitik beschlossenen Sparmaßnahmen konkret für die Menschen in betroffenen Staaten? Welche Alternativkonzepte zur EU-Kürzungspolitik existieren? Inwieweit sind die »Institutionen« legitimiert, Staaten Sparmaßnahmen aufzuerlegen und sie gegebenenfalls zu sanktionieren? Welche Möglichkeiten haben zivilgesellschaftliche Akteure, sich in der Debatte um eine zukünftige europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuschalten und diese zu beeinflussen? ■

Zu den Elementen des Moduls

- **Arbeitsblatt V.1** beschäftigt sich als Einstieg mit den Hilfgeldern, die im Rahmen der Eurokrise an Griechenland geflossen sind. Grundlage ist ein *Zeitungsartikel* über eine entsprechende Untersuchung von Attac Österreich (*M1*). Durch die Erarbeitung einer grafischen Darstellung lassen sich die beschriebenen Zahlungsströme gut visualisieren. In einem zweiten Schritt wird der Nutzen der Hilfgelder unter Berücksichtigung der **Datenblätter V.3** zu Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal analysiert. Die Teilnehmer_innen erwerben analytische Fähigkeiten und bauen ihre Kompetenzen im Bereich der Urteilsbildung durch eine begründete Stellungnahme aus.
- Die folgenden **Arbeitsblätter V.2 bis V.6** beschäftigen sich mit der Frage »Wie wirkt Kürzungspolitik?«. **Arbeitsblatt V.2** beinhaltet ein *Gruppenpuzzle*, in welchem die **Datenblätter V.3** zur sozialen Situation in den Krisenländern analysiert werden. Die ausgebildeten Expert_innen tauschen in Diskussionen ihr Wissen aus und geben Einschätzungen zum Einfluss a) der Eurokrise und b) der EU-Kürzungspolitik auf die Situation eines jeweiligen Staates ab. Im Anschluss folgt die Analyse eines *Zeitungsartikels* (*M1*) unter Berücksichtigung der zuvor analysierten Daten und gewonnenen Erkenntnisse. Der begrifflichen Klärung sowie Hilfestellung dient das **Infoblatt V.4** »Was heißt Austerität?«.
- **Arbeitsblatt V.5** beinhaltet ein *Interview zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa* (*M1*) und kann aufgrund der Thematik für Jugendliche und junge Erwachsene sehr interessant und motivierend wirken. Im Anschluss an die Analyse des Interviews werden selbstständig Informationen zum Europäischen Sozialfonds recherchiert sowie eine Beurteilung durch die Teilnehmenden herbeigeführt.
- **Arbeitsblatt V.6** beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Kürzungspolitik auf die soziale Situation und die Migration in Europa. Die Analyse des *Stellenangebotes* (*M1*) ermöglicht einen Perspektivwechsel, welcher in den folgenden Schritten durch die Erarbeitung von Vor- und Nachteilen von Arbeitsmigration sowie deren strukturierter Sicherung mithilfe einer *Argumentationskarte* ergänzt wird. Grundlagen sind ein *Interview mit einer spanischen Sozialarbeiterin* (*M2*) und eine *Pressemitteilung der Stadt Mainz* zur Anwerbung spanischer Erzieher_innen (*M3*).
- Im **Arbeitsblatt V.7** werden auf Basis eines *Zeitungsartikels* (*M1*) die Organe der Troika bzw. der Institutionen zunächst systematisch hinsichtlich ihrer Funktionen, Struktur und Ziele erarbeitet und in einem Schaubild dargestellt. Anknüpfend werden die Institutionen kritisierbar gemacht mit dem Ziel, eine Bewertung des Verhältnisses zwischen Troika und Demokratie herbeizuführen.
- Im **Arbeitsblatt V.8** werden *verschiedene Alternativvorschläge* (*M 1, 2*) zur Gestaltung der europäischen Krisenpolitik in einer *Expertenanhörung* erarbeitet, diskutiert und beurteilt. Die unterschiedlichen Konzepte werden aus den Perspektiven unterschiedlicher Staaten betrachtet. ■

Wohin fließt das Geld für Griechenland?

M1 An den Menschen vorbei

1 Die Globalisierungskritiker von Attac erheben schwere
 2 Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Merkel und deren EU-
 3 Amtskollegen. Das Geld der Griechenland-Rettung floss
 4 überwiegend an Banken und Kapitalanleger, statt an
 5 die griechischen Bürger. Eine Frage lässt der Bericht
 6 allerdings offen.

7 [...] Alles nur Fassade! Das jedenfalls glauben die
 8 Globalisierungskritiker von Attac, die in mühe-
 9 voller Kleinarbeit Daten und Fakten über den
 10 Umgang Merkels und ihrer EU-Amtskollegen
 11 mit den Griechen zusammengetragen haben. Er-
 12 gebnis: Von den 207 Milliarden Euro an Hilfskredi-
 13 ten, die die Euro-Partner und der Internationale
 14 Währungsfonds (IWF) bisher nach Athen über-
 15 wiesen haben, kamen fast 160 Milliarden nicht
 16 den griechischen Bürgern zugute, sondern den
 17 Banken und Kapitalanlegern im In- und Ausland.

18 »Das Ziel der politischen Eliten ist nicht die Ret-
 19 tung der griechischen Bevölkerung, sondern die
 20 des Finanzsektors«, sagt Lisa Mittendrein von At-
 21 tac Österreich, die die Recherche mit initiiert hat.

22 [...] »Mindestens 77 Prozent der Hilfgelder
 23 lassen sich direkt oder indirekt dem Finanzsektor
 24 zuordnen«, heißt es in der Zusammenfassung der
 25 Rechercheergebnisse. Und Aktivistin Mittendrein
 26 ergänzt: »Unsere Regierungen retten Europas
 27 Banken und Reiche!« Darunter sei beispielsweise
 28 die griechische Milliardärsfamilie Latsis, die große
 29 Teile der vom Staat aufgefangenen »Eurobank Er-
 30 gasias« besitzt. Die Rechnung hingegen habe die
 31 griechische Bevölkerung begleichen müssen – in
 32 Form »einer brutalen Kürzungspolitik, die die be-
 33 kannten katastrophalen sozialen Folgen hat«.

34 Selbst von den knapp 47 Milliarden Euro, die
 35 tatsächlich im griechischen Staatshaushalt an-
 36 kamen, musste Athen dem Bericht zufolge 35
 37 Milliarden umgehend als Zinszahlungen an die
 38 Besitzer von Staatsanleihen weiterleiten. Auch
 39 habe die Regierung 2010 und 2011 mehr als
 40 zehn Milliarden Euro für die Landesverteidigung
 41 ausgegeben, weil die Regierungen in Berlin und
 42 Paris Druck gemacht hätten, dass keine Aufträge
 43 bei deutschen und französischen Rüstungsfirmen
 44 storniert werden.

45 Und noch eine wichtige Frage lassen die Glo-
 46 balisierungskritiker unbeantwortet: Was wäre ei-
 47 gentlich passiert, wenn die Staatengemeinschaft
 48 der Regierung in Athen 2010 nicht zur Hilfe ge-
 49 eilt wäre? Nach Ansicht fast aller Experten hätte
 50 sich Griechenland in einem solchen Fall binnen

51 weniger Wochen für zahlungsunfähig erklären
 52 müssen – mit unabsehbaren Folgen für den Zu-
 53 sammenhalt der gesamten Währungsunion und
 54 noch dramatischeren Konsequenzen für die Grie-
 55 chen selbst. Der Staat hätte von heute auf morgen
 56 die Zahlungen an Beamte, Rentner und öffent-
 57 liche Einrichtungen – darunter Krankenhäuser,
 58 Schulen und Kindergärten – einstellen müssen.
 59 Und die Banken wären schlicht kollabiert.

60 Mittelbar, so argumentiert zum Beispiel die
 61 Bundesregierung, seien die Kredite der Euro-
 62 Partner und des IWF deshalb sehr wohl den
 63 Bürgern Griechenlands zugutegekommen. Mit
 64 dem Hilfsprogramm habe man Athen die nöti-
 65 ge Zeit verschafft, den Staatshaushalt zu sanieren,
 66 den Schuldenabbau einzuleiten und die Wettbe-
 67 werbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu stei-
 68 gern, heißt es im Finanzministerium. Auch habe
 69 Deutschland maßgeblich mit dafür gesorgt, dass
 70 die privaten Gläubiger Griechenlands auf mehr als
 71 50 Prozent ihrer Forderungen verzichtet hätten.

72 Ähnlich sieht man das in der sogenannten Troi-
 73 ka aus EU-Kommission, Internationalem Wäh-
 74 rungsfonds und Europäischer Zentralbank: Auch
 75 die Milliarden für die Banken-Rekapitalisierung
 76 nutzen demnach dem einfachen Bürger, weil eine
 77 Volkswirtschaft ohne vernünftig ausgestattete
 78 Banken nicht funktionsfähig sei. [...]

79 Für die Kritiker von Attac sind das Schutzbe-
 80 hauptungen. »Die weit verbreitete und von europä-
 81 ischen Politikern öffentlich vertretene Position, dass
 82 das Geld der sogenannten »Rettungspakete« den
 83 Menschen in Griechenland zugutekommen wür-
 84 de«, so Aktivistin Mittendrein, »ist widerlegt!« ■ Quel-

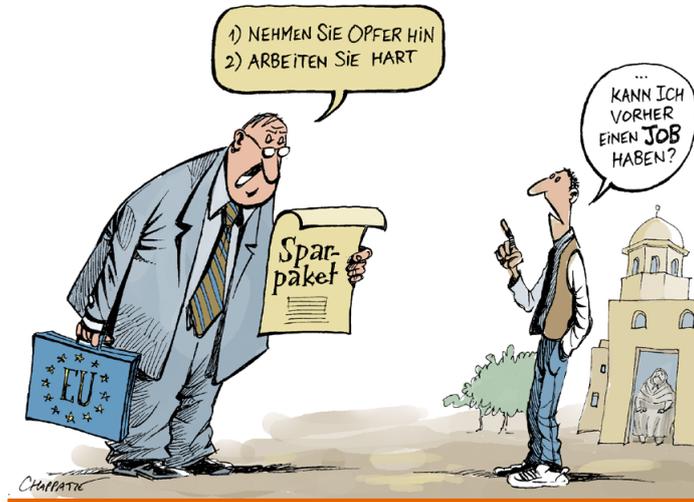
le: Claus Hulverscheidt, Süddeutsche Zeitung vom 17.06.2013

.....

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Stellen Sie die in dem Artikel (M1) genann-
 ten Zahlungsströme grafisch dar und erläutern
 Sie mithilfe Ihrer Darstellung die Kritik von
 Attac.
2. Beziehen Sie Stellung zur Position der Bun-
 desregierung, die Hilfgelder würden dazu bei-
 tragen, »[...] den Staatshaushalt zu sanieren,
 den Schuldenabbau einzuleiten und die Wett-
 bewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu
 steigern [...]«. Berücksichtigen Sie die Daten-
 blätter (V.3).

Wie wirkt Kürzungspolitik (Austerität)?



© Chappatte in NZZ am Sonntag, Zürich – www.globecartoon.com

GRUPPENPUZZLE

Als eine Form der Gruppenarbeit dient das Gruppenpuzzle der arbeitsteiligen Analyse eines Konflikts oder einer Frage. Es beinhaltet den gegenseitigen Austausch und die Diskussion unterschiedlichen Expertenwissens. Die Ausbildung verschiedener Expertengruppen ermöglicht es, sich intensiv mit einer Frage oder einem Konflikt zu beschäftigen und wechselseitig von den Ergebnissen zu profitieren.

Vorgehen:

Zunächst wird eine Frage oder ein Konflikt auf Basis ausgewählter Materialien in einer *Stammgruppe* bearbeitet, aus welcher die Expert_innen

für je eine Frage/Konflikt pro Gruppe hervorgehen. Diese durchmischen sich nun mit den in anderen Gruppen ausgebildeten Expert_innen, sodass heterogene *Experten_innengruppen* entstehen und die in den Stammgruppen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert und ausgetauscht werden können. Nach Einsicht in die Ergebnisse verschiedener Expert_innen werden in den ursprünglichen *Stammgruppen* die Ergebnisse des Austausches zusammengefasst, diskutiert und in die Bearbeitung der Ausgangsfrage mit einbezogen bzw. weiterführende Fragen bearbeitet.

Angeschlossen an das Gruppenpuzzle ist eine Reflexionsphase, in welcher die Ergebnisse sowie die Vorgehensweise ausgewertet und diskutiert werden können.

ARBEITSVORSCHLAG: GRUPPENPUZZLE

1. Stammgruppen: Recherchieren Sie auf Basis der Datenblätter (V.3) die wirtschaftliche und soziale Situation in Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal (je Stammgruppe ein Staat).

2. Expertengruppen: Präsentieren Sie als nun ausgebildete_r Expert_in Ihre Kenntnisse über den jeweiligen Staat den anderen Gruppenmitgliedern.

3. Stammgruppen: Überlegen Sie inwiefern a) die Eurokrise und b) die EU-Kürzungspolitik die Entwicklung des jeweiligen Staates positiv oder negativ beeinflusst haben.

M1 Warum Dublin und Lissabon keinen Tsipras¹ haben

1 [...] »Die Griechen können sich ein Beispiel an
Irland nehmen«, meint der irische Premierminis-
ter Enda Kenny. »Schließlich sind wir die Klassen-
besten.« Diesen Titel könnte laut Christine Lagar-
de allerdings auch Portugal beanspruchen. Nach
einem Bericht in *El País* hat die IWF-Präsidentin
[...] gezielt auf den Unterschied zwischen dem
»guten portugiesischen Schüler« und dem grie-
chischen »Krebsgeschwür« verwiesen (17. Februar
2015).

[...] Aus Sicht des portugiesischen Premier-
ministers Passos Coelho hat Lissabon den Beweis
erbracht, dass »die konventionelle Antwort auf die
Krise funktioniert«. Der Wirtschaftswissenschaft-
ler Ricardo Paes Mamede ist da anderer Meinung:
»Innerhalb weniger Jahre ist unser Land stark in
Rückstand geraten. Unser Bruttoinlandsprodukt
ist auf das Niveau von vor zehn Jahren gefallen.
Die Beschäftigung ist heute auf dem Stand von vor
zwanzig Jahren. Und was die Investitionen betrifft,
die das Fundament für zukünftiges Wachstum bil-
den, wurden wir um dreißig Jahre zurückgewor-
fen.« Das zeigt sich auch in der aktuellen Emigra-
tionswelle, die Paes Mamede mit der vor vier, fünf
Jahrzehnten vergleicht, als in Portugal noch die
Salazar-Diktatur (1933 bis 1974) herrschte.

[...] Dass Portugal von der Krise derart hart ge-
beutelt wird, hat für Paes Mamede seine Ursache
darin, dass diese – anders als in Griechenland oder
Irland – bereits um die Jahrtausendwende einge-
setzt hat. Mit anderen Worten: Die Eurokrise hat
bewirkt, dass die bereits schlingernde Volkswirt-
schaft völlig ins Schleudern geriet.

Laut EU-Kommission hat Portugal zwischen
2011 und 2013 von allen europäischen Staaten die
größten Einschnitte in seine Sozialsysteme vorge-
nommen. Ähnliches gilt für die Lohnkosten: Von
2006 bis 2012 ist die Zahl der Arbeitnehmer, die
nur den Mindestlohn beziehen, von 133.000 auf
400.000 gestiegen. Das sind – bei einer Erwerbs-
bevölkerung von rund 5 Millionen und einer
Arbeitslosenquote von fast 30 Prozent – fast 15
Prozent aller Beschäftigten.

[...] In seinem jüngsten Länderbericht stellt der
IWF fest, Portugal müsse angesichts seiner anhal-
tend hohen Staatsschulden zusätzliche fiskalische
Konsolidierungsmaßnahmen einführen. Ohne
diese sei der angestrebte Schuldenabbau nicht zu
erreichen, zumal die Lissaboner Regierung von
zu optimistischen Annahmen über die wirtschaft-
liche Entwicklung ausgehe. Für den Ökonomen
Paes Mamede zeigt sich damit, dass das Heilmittel
»entgegen den Behauptungen der Regierung nicht
wirkt«.

55 [...] Und wie steht es in Irland? Der Ökonom
Tom McDonnell [...] behauptet, der jüngste
Aufschwung der grünen Insel, den die vom »iri-
schen Modell« beeindruckte internationale Presse
begeistert feiert, werde »stark überschätzt«. Zwar
beginne sich die Lage tatsächlich zu bessern, aber
das liege größtenteils daran, dass »der Absturz be-
sonders brutal gewesen ist«. McDonnell verweist
darauf, dass das irische BIP zwischen 2008 und
2010 um mehr als 12 Prozent geschrumpft ist und
im selben Zeitraum ein Siebtel der Arbeitsplätze
verloren gingen. Die seitdem neu geschaffenen
Jobs seien »in der Regel schlecht bezahlte Teilzeit-
stellen, die sich zudem in Dublin konzentrieren«.

60 [...] »Der Euro hat sich als Instrument erwie-
sen, um den Wohlfahrtsstaat in Europa zu zer-
stören«, meint [...] Paes Mamede. »Schrumpft
die Wirtschaft, bleibt den Regierungen nur eine
politische Alternative: interne Abwertung durch
Kürzung von Löhnen und Gehältern. Sobald das
Wachstum wieder anzieht, kann man sie nicht zu
Lohnerhöhungen zwingen.« Fazit: Das Europro-
jekt verdamme die Region zu einer permanenten
Deflation, »die weder wirtschaftlich noch politisch
noch sozial tragbar ist«. ■ Quelle: Renaud Lambert, *Le Monde Dip-
lomatie* vom 07.05.2015

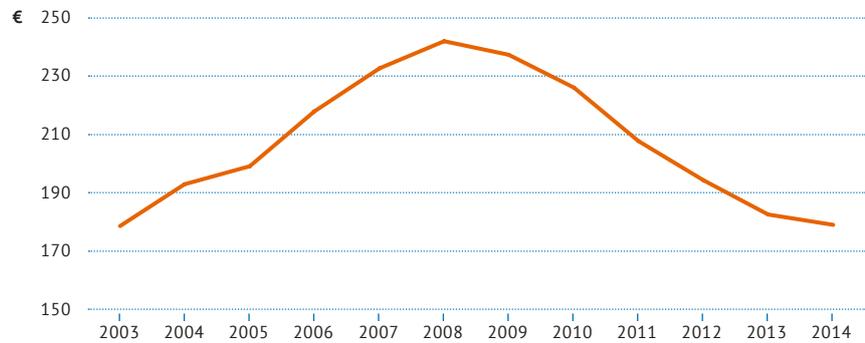
1 Anmerkung Attac: Alexis Tsipras war bei Erscheinen des Artikels seit kurzem griechischer Ministerpräsident und Vorsitzender der linken Partei SYRIZA.

ARBEITSVORSCHLÄGE

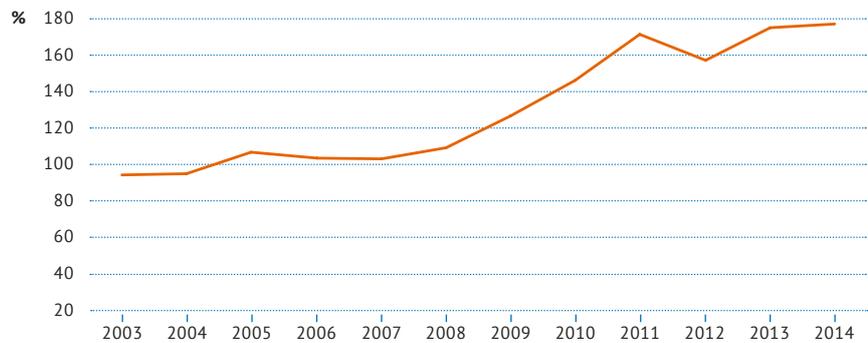
1. Lesen Sie den Ausschnitt des Artikels (M1) und benennen Sie die unterschiedlichen Akteure und deren Positionen in der Debatte um die EU-Kürzungspolitik. Welche Gründe werden für eine zustimmende, welche für eine ablehnende Haltung genannt?
2. Erläutern Sie, inwiefern Portugal und Irland im Gegensatz zu Griechenland als Musterschüler der EU bezeichnet werden können? Lassen sich anhand der Datenblätter (V.3) und Ihrer eigenen Recherchen Aussagen des Artikels belegen oder widerlegen?
3. Welche Argumente halten Sie für gewichtiger? Beziehen Sie begründet Stellung zur EU-Kürzungspolitik und diskutieren Sie diese im Plenum.

Datenblatt Griechenland

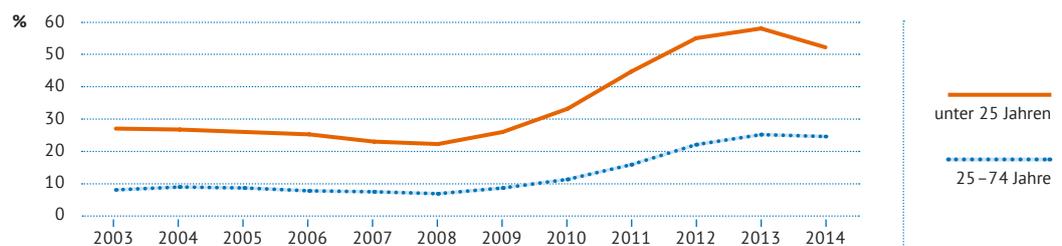
BIP IN MILLIARDEN EURO



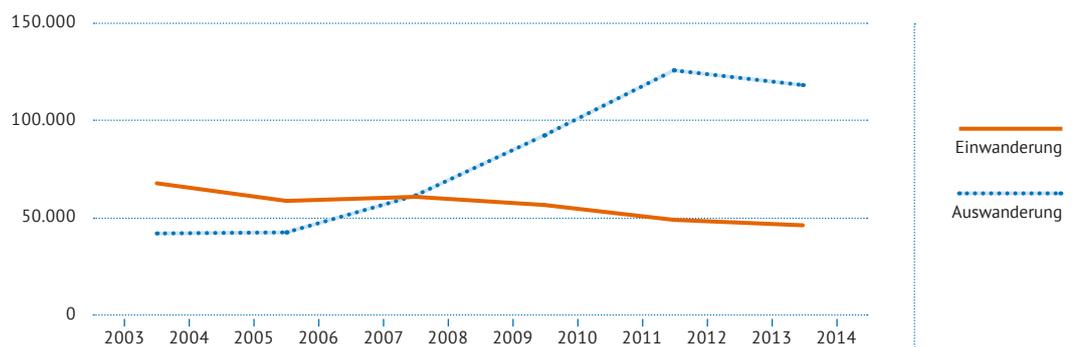
ÖFFENTLICHER BRUTTOSCHULDENSTAND IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES



ARBEITSLOSENQUOTEN IN PROZENT

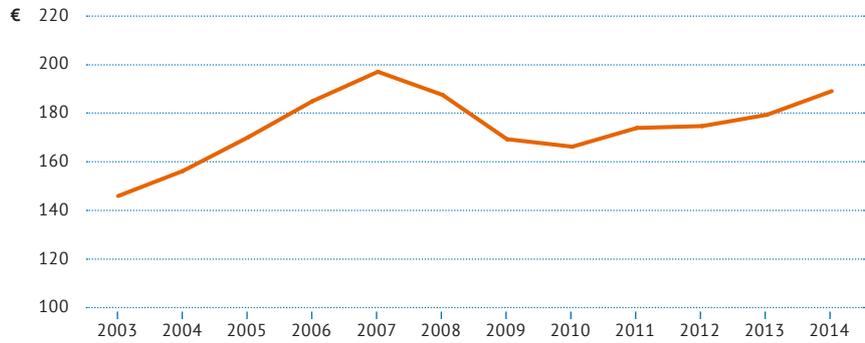


EIN-/AUSWANDERUNG IN ABSOLUTEN ZAHLEN

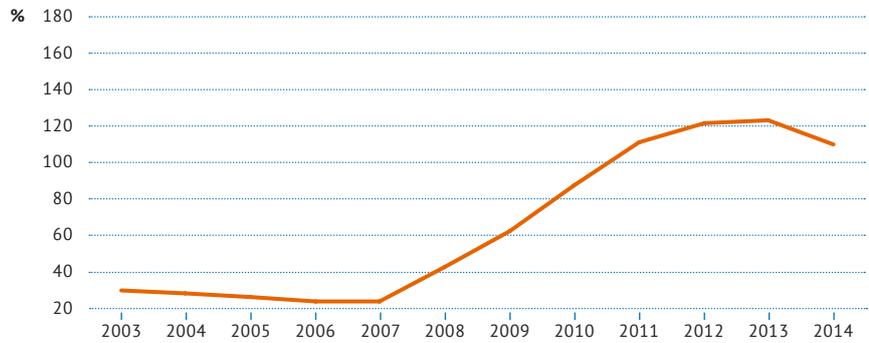


Datenblatt Irland

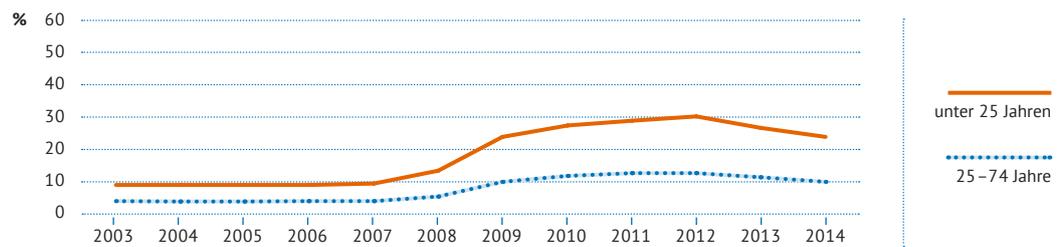
BIP IN MILLIARDEN EURO



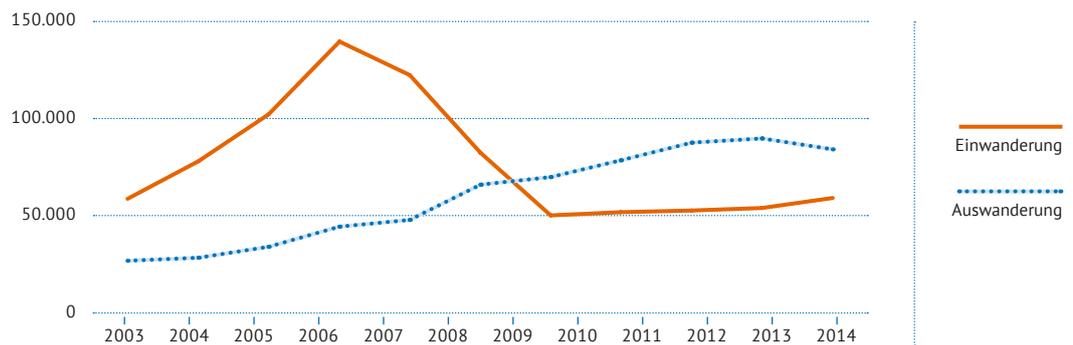
ÖFFENTLICHER BRUTTOSCHULDENSTAND IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES



ARBEITSLOSENQUOTEN IN PROZENT

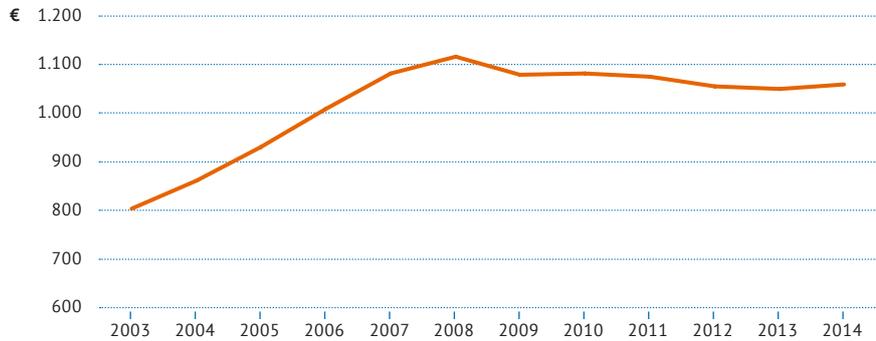


EIN-/AUSWANDERUNG IN ABSOLUTEN ZAHLEN

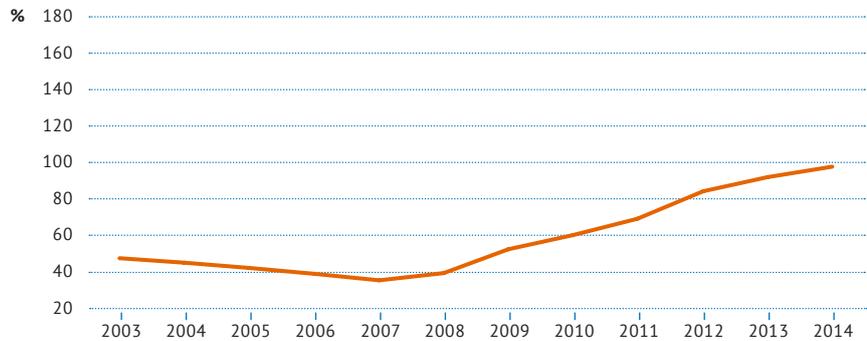


Datenblatt Spanien

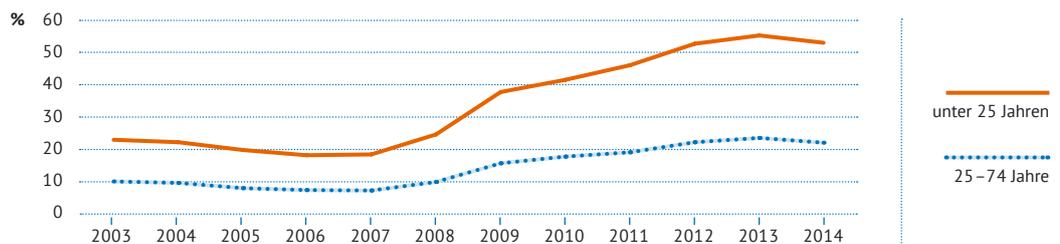
BIP IN MILLIARDEN EURO



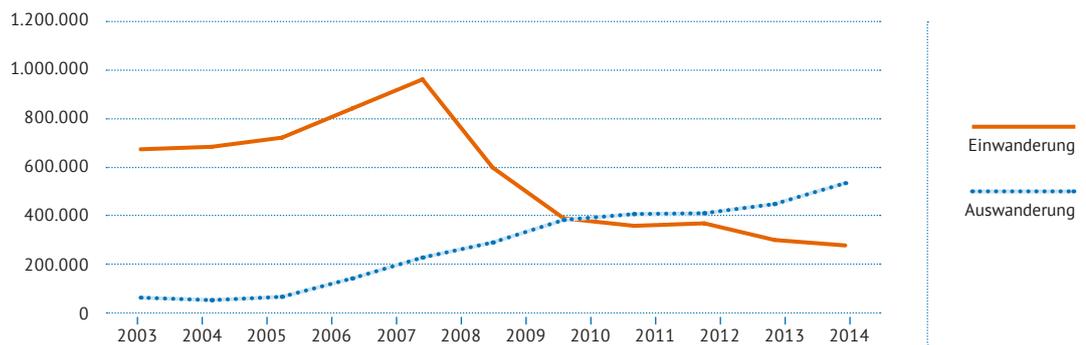
ÖFFENTLICHER BRUTTOSCHULDENSTAND IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES



ARBEITSLOSENQUOTEN IN PROZENT



EIN-/AUSWANDERUNG IN ABSOLUTEN ZAHLEN



Was heißt Austerität?

INFO

Austeritätspolitik könnte mit staatlicher Kürzungspolitik in Krisenzeiten übersetzt werden. Dahinter steht die Vorstellung, dass zu hohe Staatsschulden für eine aktuelle Krise verantwortlich seien. Um diese zu bekämpfen müsse der Staat weniger Schulden machen, indem er weniger Geld ausgibt. Austerität schaffe Vertrauen und Sorge dafür, dass Unternehmen in diesem Land wieder mehr investieren. Das soll zudem durch die Senkung von Löhnen, die Befristung von Arbeitsverhältnissen und ähnliches gefördert werden. So komme es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, der am Ende – wann und unter welchen sozialen Begleiterscheinungen auch immer – auch wieder Steuergeld in die Staatskasse bringe.

In der Europäischen Union haben sich in der jüngsten Krise verstärkt politische Kräfte durchgesetzt, die auf Austerität setzen. Sie haben die Eurokrise als Staatsschuldenkrise einiger Länder interpretiert. Dementsprechend wurde die Vergabe von Hilfskrediten an die Krisenländer (durch den europäischen Rettungsschirm ESM) an Verpflichtungen der Regierungen zu Austeritätspolitik geknüpft. Zentraler Bestandteil dieser Programme sind die Kürzung staatlicher Ausgaben, etwa im Gesundheitsbereich oder bei den Renten, die Privatisierung von öffentlichem Eigentum sowie die Lohnkürzungen, die Erleichterung von Entlassungen und die Befristung von Arbeitsverhältnissen. Ausgearbeitet und überwacht wurden diese Programme durch die »Institutionen« bzw. die sogenannte »Troika« aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds.

Das zentrale wirtschaftliche Argument gegen Austeritätspolitik ist, dass die Reduzierung der staatlichen Ausgaben in einer Krise zusätzlich die Nachfrage bremst. Wenn Angestellte des Staates weniger Lohn bekommen oder entlassen werden, können sie weniger einkaufen. Wenn der Staat keine Straßen mehr baut, gibt es weniger Aufträge für Baufirmen, die dann auch Arbeitskräfte entlassen müssen. Wenn Löhne gekürzt werden und immer mehr Menschen arbeitslos sind, kann sich die Bevölkerung weniger leisten. In der Folge machen die Hersteller und der Handel weniger Geschäfte und müssen ebenfalls Beschäftigte entlassen. So entsteht ein Teufelskreis aus fehlender Nachfrage und immer höherer Arbeitslosigkeit.

Zugleich nimmt der Staat immer weniger Steuern ein. Weniger Konsum bedeutet weniger Mehrwertsteuer. Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen bedeuten weniger Lohnsteuer und schlechte Geschäfte bringen schließlich weniger Steuern von Unternehmen ein. Das führt dazu, dass der Staat zwar Ausgaben kürzt, aber am Ende sogar mehr Schulden macht als vorher. Denn er muss mehr Arbeitslose unterstützen und nimmt zugleich immer weniger Steuern ein. So haben sich die Staatsschulden in allen Ländern erhöht, die sich im Zuge der Eurokrise zu einem Sparprogramm unter der Aufsicht der »Troika« verpflichten mussten. Zudem sind Arbeitslosigkeit und Armut, enorm gestiegen.

Die Alternative zur Austeritätspolitik besteht darin, die Wirtschaft in Krisenzeiten mit staatlichen Investitionsprogrammen wieder in Gang zu bringen. Die zentralen Argumente dafür hat John Maynard Keynes in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre entwickelt. Damals wurde offensichtlich, dass die Kürzungspolitik insbesondere in Deutschland die Situation nur verschlimmert hatte. Laut Keynes muss der Staat in der Krise Geld ausgeben, auch wenn er sich dafür weiter verschulden muss (deficit spending). Sparen kann er in den Zeiten, in denen es wieder zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommt.

Im Übrigen kann niemand genau sagen, wann die Schulden eines Staates zu hoch sind. Letztlich ist das der Fall, Investoren (hauptsächlich Banken) keine Kredite mehr bewilligen, weil sie bezweifeln, dass das Land die Schulden zurückzahlen kann. Hinweise darauf gibt das Verhältnis der Staatsschulden zur Wirtschaftskraft eines Landes (die Schuldenquote). Aber auch andere Faktoren spielen eine Rolle. So haben Japan oder die USA eine höhere Schuldenquote als mancher Krisenstaat in Europa, ohne dass sie deshalb in eine Krise geraten wären.

Jugendarbeitslosigkeit in Europa

M1 Ausschnitt eines Interviews zu Jugendarbeitslosigkeit in Europa mit der Ökonomin Brigitte Unger

- 1 **ZEIT:** Von wie vielen Jugendlichen sprechen wir?
- 5 **UNGER:** Zurzeit gilt für die EU: Jeder fünfte Jugendliche, der arbeiten will, kann es nicht. Wir haben eine Quote von 22 Prozent. Insgesamt sind es 5,1 Millionen Arbeitslose. Besonders erschreckend ist dabei ein neues Phänomen; bislang entwickelten sich Jugendarbeitslosigkeit, die immer höher ist, und Gesamtarbeitslosigkeit parallel.
- 10 Doch seit der Finanzkrise ist die Jugendarbeitslosigkeit drastisch und stärker angestiegen als die Gesamtarbeitslosigkeit. Unternehmen zögern in der Krise, Mitarbeiter einzustellen, das trifft besonders junge Berufseinsteiger.
- 15 **ZEIT:** Am schlechtesten steht es um die Jugendlichen in Süd- und Osteuropa. Laut der offiziellen EU-Statistik liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien bei 53,5 Prozent, in Griechenland bei 49,8 Prozent und in Italien bei 43,9 Prozent. Auch Frankreich zählt mit 25,4 Prozent zu den Krisenregionen. Gibt es eine Erklärung dafür?
- 20 **UNGER:** Der Süden Europas hat ein grundsätzliches Strukturproblem, das bereits vor der Finanzkrise bestand, obschon die Arbeitslosenzahlen deutlich unter den heutigen lagen. Mangelnde Ausbildungsplätze, mangelnde Infrastruktur, mangelnde Investitionen. Zu diesem großen
- 30 Paket an Problemen ist die starke Austeritätspolitik, die Sparpolitik, hinzugekommen. Was für Deutschland noch möglich war – gerade in Krisen sparen zu müssen – war für die Südeuropäer ein unmögliches Programm, weil es ans Eingemachte ging, an die Grundnahrungsmittel und die medizinische Versorgung, an die Bezahlung der Lehrer.
- 35 Die Einsparungen haben die Nachfrage nach Gütern gedrosselt und die Arbeitslosigkeit im Süden in die Höhe getrieben.
- 40 **ZEIT:** Nun stellt allerdings der Europäische Sozialfonds seit 2013 jährlich zehn Milliarden Euro zur Umsetzung der Jugendgarantie bereit, die jedem Jugendlichen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten eine Arbeit, ein Praktikum oder eine Ausbildung zusichert. Weitere sechs Milliarden Euro sind für die Jugendbeschäftigungsinitiative eingeplant, die Regionen mit mehr als 25 Prozent Jugendarbeitslosenquote zugutekommen sollen. Reicht das nicht aus?
- 45 **UNGER:** Geld ist vorhanden, aber trotzdem greifen all diese Initiativen nicht, weil Länder erst dann von der EU Geld bekommen, wenn sie Strukturpläne vorlegen. Von den Milliardenbeträgen sind nur kleine Millionenbeträge ausgeschöpft worden. Das ist ein Armutszeugnis für die EU.
- [...] ■ Quelle: Interview Sibylle Trost in *Die Zeit* vom 13.05.2015

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Benennen Sie die im Interview (M1) formulierten Gründe für die Jugendarbeitslosigkeit in Europa sowie Möglichkeiten, diese einzudämmen. Halten Sie Ihre Ergebnisse mithilfe einer Mind-Map fest und tauschen Sie diese mit einem Partner_in aus. Stellen Sie gemeinsam Überlegungen an, inwiefern die EU-Kürzungspolitik Einfluss auf die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa haben könnte.

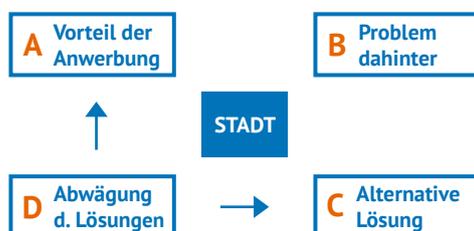
2. Recherchieren Sie unter www.ec.europa.eu/esf zum Europäischen Sozialfonds. Machen Sie sich ein Bild von dessen Zielsetzung, dessen Umfang und dessen Vergabe- und Förderkriterien. Denken Sie über die Möglichkeiten und Grenzen des Europäischen Sozialfonds zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa nach und notieren Sie diese.

Soziale Situation und Migration in Europa

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Tauschen Sie sich zu zweit über das Praktikumsangebot in Portugal (M1) aus. Würden Sie sich darauf bewerben? Würden Sie generell gerne im Ausland arbeiten? Was würden Sie gerne machen? Was kommt für Sie nicht in Frage?
2. Sammeln Sie die Gründe, die im Interview (M2) für und gegen eine (zeitweise) Auswanderung genannt werden und ergänzen Sie weitere Punkte.
3. Lesen Sie die Pressemitteilung der Stadt Mainz zur Anwerbung spanischer Erzieher_innen (M3) und erstellen Sie je eine Argumentationskarte (s.u.) für die Städte Mainz und Valencia: Was ist der Vorteil der Anwerbung, was ist das zugrundeliegende Problem? Was wäre eine andere Lösung dafür? Was spricht für die Anwerbung und was für die Alternative?
4. Erarbeiten Sie eine Stellungnahme zur sozialen Situation in Europa und behandeln Sie dabei folgende Fragen: Wie ist die soziale Situation in den Krisenländern am Beispiel Spanien (M2)? Wie bewerten Sie die Anwerbung von Erzieher_innen aus Valencia durch die Stadt Mainz (M3)? Lässt sich das Mainzer Modell auf Deutschland und Spanien übertragen? Welche Politik müsste Ihrer Meinung nach aus gesamt-europäischer Perspektive verfolgt werden und warum?

◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ ARGUMENTATIONSKARTE ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇



M1 Angebot der Bundesagentur für Arbeit

1 Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV): Tourismuspraktika in Portugal

Die Agentur Arco Largo vermittelt in Zusammenarbeit mit der ZAV Tourismuspraktika an der Algarve, Portugal. Es werden Praktikumsstellen in der Hotellerie in den Bereichen Rezeption, Bar, Restaurant, Sport- und Kinderanimation angeboten. Darüber hinaus vermittelt Arco Largo an der Algarve auch interessante Praktikumsstellen in Tauchschulen, Surf Camps und Reiterhöfen sowie in sonstigen Unternehmen des Outdoor-Freizeitbereichs.

Art der Tätigkeit: Praktika hauptsächlich in den Bereichen Hotellerie (vor allem im Restaurant- und Barservice sowie Rezeption) sowie in Tauch- und Reitschulen; andere Berufsbereiche auf Anfrage [...].

Teilnehmerkreis: Abiturienten mit Jobberfahrung, Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung, Studenten und Hochschulabsolventen, Staatsangehörigkeit eines EU-, EWR-Landes oder der Schweiz.

Voraussetzungen: Sehr gute Englischkenntnisse, Portugiesisch- oder weitere Sprachkenntnisse sowie Erfahrung im Hotel- und Gastronomiebereich sind von Vorteil, aber nicht zwingend erforderlich.

Beschäftigungsorte: Algarve

Beginn und Dauer der Beschäftigung: Die Praktikumsdauer beträgt 2–6 Monate, vorrangig in den Monaten April bis Oktober.

Entlohnung: Hotels und Restaurants zahlen ein monatliches Taschengeld zwischen 200 und 400 €/Monat, die Reiterhöfe etwa 50 €/Monat zzgl. kostenloser Reitstunden; in den Tauchschulen werden je nach Vorkenntnissen die Ausbildung zum Dive-Master bis hin zum Instructor komplett finanziert.

Unterkunft: Alle Praktikumsbetriebe stellen eine kostenlose Unterkunft zur Verfügung. Freie Verpflegung wird in allen Hotels (Kantine), Restaurants und auf den Reiterhöfen geboten, ansonsten je nach Betrieb Teil- oder Selbstverpflegung.

Kosten: Die Programmgebühr beträgt 640 € für ein Praktikum von zwei Monaten, 740 € für eine Dauer von 3–4 Monaten und 840 € für ein Praktikum von 5–6 Monaten. ■ Quelle: www.arbeitsagentur.de (15.06.15)

M2 Großer Frust, persönliche Zukunfts- sorgen und neue Hoffnung

Ein Interview zur Situation in Spanien und der Perspektive der Auswanderung mit Silvia Penarrubia Soto. Die 39jährige studierte Sozialarbeiterin lebt in Valencia und ist derzeit arbeitslos.

1 **ATTAC:** Frau Penarrubia Soto, in den letzten Jahren gab es eine große Wirtschaftskrise in Spanien, wie haben Sie persönlich diese Zeit erlebt?

5 **FRAU SOTO:** Ich habe in einem Kinderheim gearbeitet und bin jetzt seit 1,5 Jahren arbeitslos. Ich habe selbst gekündigt, weil die Arbeitsbedingungen immer schlechter wurden. Nicht nur die Löhne, ich habe zum Schluss das gleiche verdient wie am Anfang vor 10 Jahren, obwohl alles teurer wurde. Aber vor allem hat unsere Chefin uns das Leben schwer gemacht, weil wir schon lange dort gearbeitet haben und gute Arbeitsbedingungen gefordert haben, die natürlich ihren Preis haben.

10 Jetzt haben sie neue Leute angestellt, die weniger verdienen und sich auch nicht gegen die Arbeitsbedingungen wehren, weil sie froh sind, überhaupt noch einen Job zu haben. Die Arbeitslosigkeit ist generell sehr hoch und wegen der ganzen Kürzungen gibt es gerade im sozialen Bereich kaum noch Arbeit. Ich bin gut ausgebildet, habe studiert, finde aber keine Arbeit.

15 **ATTAC:** In den vergangenen Jahren haben ja sehr viele Menschen ihre Arbeit verloren, fast jede_r Vierte ist arbeitslos, das sind 5,5 Millionen Menschen. Wovon leben sie?

20 **FRAU SOTO:** Sie bekommen maximal zwei Jahre Arbeitslosengeld, nach sechs Monaten wird es weniger und nach den zwei Jahren bekommen sie gar nichts mehr. Es gibt hier auch kein Kindergeld oder Wohngeld wie in Deutschland. Zum Teil leben jetzt drei Generationen einer Familie in einer Wohnung und müssen allein von der Rente der Großeltern überleben. Man sieht hier auch immer mehr Menschen, die einfach gar nichts mehr haben, die Mülltonnen durchsuchen um zu überleben.

25 Aber auch für Leute, die Arbeit haben, ist es oft schwer, Viele haben eine volle Stelle, können davon aber keine Familie ernähren. Die neuen Arbeitsverträge sind schlechter als früher, weniger sicher und schlechter bezahlt. Beamte hatten plötzlich 10 Prozent weniger Gehalt und so weiter. Viele haben jetzt Probleme, die Miete oder den Kredit für die Wohnung zu bezahlen. Es gab überall einen großen Frust, das hast Du richtig gespürt.

30 **ATTAC:** Nach jahrelangem Rückgang ist die spanische Wirtschaft wieder leicht gewachsen und die deutsche Regierung sagt, die Krise wäre in Spanien vorbei. Sehen die Leute das vor Ort auch so?

35 **FRAU SOTO:** Es ist eine Sache, was die großen Zahlen sagen und eine andere, wie es den Menschen wirklich geht. Es stehen nicht mehr ganz so viele Läden leer und es gibt etwas weniger Arbeitslose, das stimmt, aber zu welchen Bedingungen arbeiten die Menschen jetzt? Über 80 Prozent der neuen Verträge sind befristet und man verdient sehr schlecht. Was bringen neue Arbeitsplätze von denen die Menschen nicht leben können?

40 So kann man sich keine Existenz aufbauen und von den jungen Menschen unter 25 Jahren sind mehr als die Hälfte arbeitslos. Manche müssen mit Mitte dreißig noch bei den Eltern wohnen, weil sie immer nur kurze Jobs haben und sich keine Wohnung leisten können. Deswegen gehen sehr viele junge Menschen, die fertig studiert haben nach England, Deutschland oder in die Schweiz, weil sie hier keine Perspektive haben.

45 **ATTAC:** Seit 2011 sind fast ein halbe Million Spanier_innen ausgewandert. Haben Sie auch schon daran gedacht?

50 **FRAU SOTO:** Ich habe sehr ernst darüber nachgedacht. Ich habe nach meinem Studium schon mal ein Freiwilliges Soziales Jahr in Deutschland gemacht und war jetzt vor kurzem auch wieder für zwei Monate dort und habe gearbeitet. Ich kann die Sprache, kenne mich dort aus und habe Freunde. Das macht es leichter, viele gehen heute, ohne die Sprache zu sprechen.

55 Auf der anderen Seite bin ich jetzt Ende dreißig, habe eine Wohnung, eine Beziehung, eine Familie und so weiter. Damals bin ich freiwillig gegangen, um eine Erfahrung zu machen, wer heute geht, geht weil er muss. Das ist ein großer Unterschied. Aber wenn mein Arbeitslosengeld ausläuft, muss ich auch sehen, wovon ich lebe und in Deutschland könnte ich gerade leichter eine Arbeit finden als hier. Ich muss nicht in meinem Beruf arbeiten, ich würde auch im Supermarkt an die Kasse gehen, aber ich finde hier gerade überhaupt keine Arbeit und wenn das so bleibt, werde ich vielleicht auch gehen.

60 **ATTAC:** Während der Krise sind neue soziale Bewegungen und politische Parteien entstanden, welche sind das?

65 **FRAU SOTO:** Das ging 2011 mit der sogenannten 15M-Bewegung los, die am 15. Mai Camps auf zentralen Plätzen in den Städten, vor allem in Madrid, eingerichtet hat. Dort haben sich sehr viele ganz unterschiedliche Menschen getroffen und gesagt, so kann es nicht weitergehen, wir müssen uns organisieren, die Politiker repräsentieren uns nicht mehr.

Es ging dabei vor allem um die vielen Kürzungen in Folge der Krise, um die Perspektivlosigkeit und darum, dass viele Menschen aus ihren Wohnungen geworfen wurden, weil sie die Raten nicht mehr zahlen konnten. Aber ein zentraler Punkt war auch die Korruption in Spanien.

Aus diesen Diskussionen und Kontakten ging dann die neue Partei Podemos (Wir Können) hervor. Bei den letzten Kommunalwahlen ist Podemos in vielen großen Städten mit lokalen Bewegungen und Parteien gemeinsam angetreten und diese Bündnisse sind jetzt an der Regierung in Madrid, Barcelona, Valencia und anderen Städten.

Aber es gibt jetzt auch die neue rechte Partei Ciudadanos (Staatsbürger), die viele Stimmen von den Konservativen bekommen hat, aber viel radikaler rechts ist und vor allem Angst vor Podemos schürt.

ATTAC: Welche Erwartungen verbinden die Menschen mit den neuen Bewegungen und Parteien?

FRAU SOTO: Es ist einfach die Hoffnung, dass jetzt etwas anders wird. Wir hatten seit der Diktatur immer ein Zwei-Parteien-System. Die Sozialdemokraten, die immer mehr in die Mitte gerutscht sind und die Konservativen, die jetzt an der Regierung sind. Diese Parteien haben uns in die Krise geführt und in der Krise kam eine Kürzung nach der anderen. Podemos hat da frischen Wind gebracht, neue Ideen und vor allem waren sie nicht in die Korruption verstrickt. Das hat vielen Menschen Hoffnung auf Veränderung gegeben.

ATTAC: Was können sie Ihrer Meinung nach anders gestalten?

FRAU SOTO: Viele hoffen auf eine sozialere Politik, bei der das Geld, das da ist, auch in Dinge investiert wird, die für die Menschen da sind. Hier in Valencia wurde früher zum Beispiel sehr viel Geld in den Umbau des Hafens für eine große Segel-Regatta, für ein neues Fußballstadion oder eine neue Formel-1-Strecke ausgegeben. Wir können jetzt nicht mal die Zinsen für die Schulden zahlen, die dafür gemacht wurden.

Gleichzeitig werden Container als Schulgebäude genutzt, die Krankenhäuser sind voll und Du bekommst keine Termine und so weiter. Und in dem Zusammenhang gab es eben auch eine Menge Korruption. Mittlerweile sitzen sieben ehemalige Politiker deswegen im Gefängnis.

Eine der ersten Maßnahmen der neuen Kommunalregierung war es zum Beispiel die Schulmensen auch in den Ferien offen zu lassen, damit alle Kinder ein gesundes Essen am Tag haben, weil

viele Zuhause sonst nur billige Nudeln ohne Gemüse, Fleisch oder Fisch bekommen.

ATTAC: Müsste sich auch in Europa etwas ändern?

FRAU SOTO: Ich kenne mich mit den Wirtschaftszahlen nicht wirklich aus, aber man kann die Menschen in Griechenland oder Spanien nicht so behandeln, egal welche Fehler ein Land gemacht hat, welche Schulden gemacht wurden.

Viele fragen sich auch, ob der Euro eine gute Idee war. Seit wir den Euro haben, ist alles teurer geworden aber die Löhne sind gleich geblieben. Ich habe es gerade gesehen, die Lebensmittel sind hier teurer als in Deutschland und die Leute verdienen viel weniger. Außerdem ist das wenige, was wir – im Vergleich zu Deutschland – an Sozialstaat hatten, wieder zurückgegangen.

Und worum sich Europa unbedingt gemeinsam kümmern müsste, ist die Migration. Hier in Spanien kommen jeden Tag hunderte Menschen übers Meer aus Afrika und ich weiß nicht wo, aber ich weiß, dass diese Menschen ein Recht auf ein gutes Leben haben, genau wie wir alle.

ATTAC: Gibt es etwas, das Sie einem deutschen Publikum gerne sagen möchten?

FRAU SOTO: Als ich jetzt die zwei Monate in Deutschland war habe ich oft gehört, dass die Griechen faul wären, zu wenig gearbeitet hätten, Geld verschwendet hätten und jetzt die Quittung bekämen. Das mag zum Teil so sein, aber man kann die Menschen jetzt nicht so bestrafen, zumal es doch oft um Fehler der Regierung geht.

Die Deutschen sollten wissen, dass es den Menschen hier oder in Griechenland nicht gut geht. Ich persönlich kann mich nicht beschweren, aber wenn ich jetzt zum Beispiel Kinder hätte, würde ich nicht mehr Arbeitslosengeld bekommen und wüsste nicht, wie ich meine Kinder ernähren sollte. Ihr habt auch Armut in Deutschland, aber im Vergleich zu uns geht es euch insgesamt sehr gut.

ATTAC: Was wünschen Sie sich persönlich für die nächsten Jahre?

FRAU SOTO: Meine persönlichen Wünsche sind mit allgemeinen Wünschen verknüpft. Wir brauchen soziale Projekte, die benachteiligten Menschen bessere Lebensbedingungen schaffen. Ich möchte als ausgebildete Sozialarbeiterin wieder in solchen Projekten arbeiten, mein Geld verdienen und etwas dazu beitragen, dass es allen hier gut geht. Die neue kommunale Regierung macht mir Hoffnung, sie hat sicher einen guten Willen, aber sie braucht natürlich auch die finanziellen Mittel.

ATTAC: Vielen Dank für das Gespräch. ■ Interview

von Attac, geführt im Juli 2015.

M3 Gewinn für Mainz und Valencia

1 Die Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern
 2 aus der spanischen Partnerstadt ist »ein Gewinn für
 3 Mainz und Valencia«, stellen Oberbürgermeister
 4 Ebling und Sozialdezernent Kurt Merkator fest:
 5 »Wir gewinnen gut ausgebildete Fachkräfte und
 6 diese erhalten eine berufliche Perspektive.« Heu-
 7 te informierten sie in der Stadtratssitzung über
 8 den Stand der Anwerbung. Eine ist schon da, die
 9 nächsten fünf Erzieherinnen kommen im Okto-
 10 ber und November, 20 weitere im Januar und eine
 11 im Sommer 2014.
 12 Mittels einer Ausschreibung in Valencia waren
 13 Anfang 2013 bei der Stadt Valencia 250 Bewer-
 14 bungen eingegangen. Diese wurden hinsichtlich
 15 der von der Stadt Mainz geforderten Ausbildungs-
 16 abschlüsse überprüft. 51 Bewerbungen bestanden
 17 die Vorauswahl. Diese erhielt die Stadt Mainz und
 18 überprüfte sie im Blick auf ihre fachliche Qua-
 19 lifikation. Danach wurden 43 Bewerber/-innen
 20 für Mitte Mai 2013 zu einem Vorstellungsges-
 21 präch vor Ort in Valencia eingeladen. Nach der
 22 Überprüfung der persönlichen Eignung im Vor-
 23 stellungsge spräch wurden insgesamt 30 Arbeits-
 24 verträge ausgehändigt, wovon 27 Arbeitsverträge
 25 unterschrieben an die Stadt Mainz zurückgesandt
 26 wurden. Insgesamt konnten 24 Erzieherinnen und
 27 3 Erzieher für die städtischen Kindertagesstätten
 28 gewonnen werden.
 29 Die Erzieherinnen und Erzieher werden suk-
 30 zessive in Mainz ihren Dienst antreten. Dies hängt
 31 von den unterschiedlichen Deutschkenntnissen
 32 der Bewerberinnen ab. Eine Erzieherin hat den
 33 Dienst bereits am 1. September 2013 angetre-

ten. Fünf weitere Erzieherinnen werden zum 15.
 35 Oktober bzw. 1. November 2013 kommen. Eine
 36 Erzieherin benötigt einen längeren Zeitraum für
 37 einen noch notwendigen Sprachkurs. Dieser
 38 Arbeitsvertrag beginnt im Juni 2014. Alle übr-
 39 igen 20 Arbeitsverträge beginnen zum 1. Januar
 40 2014. Die Beschäftigungsverhältnisse erfolgen zu
 41 den gleichen arbeitsrechtlichen Bedingungen und
 42 Gehaltskonditionen wie bei den in Deutschland
 43 wohnhaften Beschäftigten.
 44 Die spanischen Erziehungsfachkräfte verfügen
 45 über sehr unterschiedliche Deutschkenntnisse,
 46 viele über keine oder wenige Sprachkenntnisse.
 47 Um in einer Kindertagesstätte arbeiten zu kön-
 48 nen, hat die Stadt Mainz Deutschkenntnisse im
 49 B1-Niveau vorausgesetzt, wie von der Volkshoch-
 50 schule Mainz und dem Goethe-Institut empfoh-
 51 len. Diese Deutschkenntnisse müssen bei jedem
 52 Bewerber vor Dienstantritt in Deutschland vor-
 53 liegen. Daher führt das Centro Aleman (Deutsche
 54 Sprachschule in Valencia) diese entsprechenden
 55 Deutschkurse (Niveau A1, A2 und B1) durch.
 56 Die Kosten der Sprachkurse übernimmt die
 57 Stadt Mainz. Vertraglich vereinbart wurde, dass
 58 die Bewerber und Bewerberinnen angefallene
 59 Kosten für Sprachkurse zu erstatten haben, wenn
 60 sie den Sprachkurs abbrechen, den Dienst nach
 61 Abschluss des Sprachkurses in Deutschland nicht
 62 antreten oder wenn das Arbeitsverhältnis vor Ab-
 63 lauf von sechs Monaten vom Arbeitnehmer been-
 64 det oder auf seinen Wunsch hin ein Aufhebungs-
 65 vertrag geschlossen wird. ■ Quelle: Pressemitteilung der Stadt
 Mainz vom 12.09.2013



Graffito von Above
 in Spanien –
 24% Desempleados
 (24% arbeitslos).
 Foto © Above

Wer hat die Troika gewählt?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Sammeln Sie die in M1 genannten politischen Institutionen und recherchieren Sie auf Basis der Infotexte (M2) weitere Informationen:
 - Was ist der Zweck der Institution?
 - Wer gehört ihr an?
 - Wer trifft die Entscheidungen?
 - Wie werden die Entscheidungspositionen besetzt?
2. Erstellen Sie mithilfe der Infotexte (M2) ein Schaubild, welches die Troika, die Programmländer, die Euro-Gruppe und das Europaparlament beinhaltet:
 - Aus welchen Akteuren setzen sich diese vier Hauptakteure zusammen?
 - Welche Beziehungen zwischen den Akteuren werden im Artikel genannt?
- Welche Institutionen können deutsche Bürger_innen wählen, welche können sie mit einer Wahl indirekt beeinflussen?
- Welche Institutionen können portugiesische Bürger_innen wählen, welche können sie mit einer Wahl indirekt beeinflussen?

3. Beurteilen Sie das Verhältnis der Troika zur Demokratie: Übt die Troika tatsächlich Macht jenseits von Kontrolle aus? Welchen Einfluss können europäische Bürger_innen ausüben, die Lohnkürzungen in Krisenländern für falsch halten? Was denken Sie über den Vorschlag des Europäischen Parlaments, die Troika durch einen Europäischen Währungsfonds zu ersetzen?

M1 Völlig losgelöst

Die Troika gründet nur auf Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Euro-Zone. Ihre Beamten üben Macht aus, die kein Parlament [...] kontrolliert. Wer kann den Aufsehern Anweisungen geben?

- 1 Als die Euro-Staaten im Mai 2010 das erste Kreditprogramm für Griechenland auf den Weg brachten, trafen sie eine weitere folgenschwere Entscheidung. Die Regierung in Athen musste sich im Gegenzug einer Institution unterwerfen, die in keinem europäischen Vertrag und keiner Verfassung jemals vorgesehen war: dem Verbund aus IWF, EZB und EU-Kommission, den griechische Journalisten alsbald mit dem Begriff Troika belegten. Deren Arbeit fußt damit lediglich auf einer Vereinbarung zwischen den Regierungen [...]. In der Konsequenz geschieht alles, was die Beamten der Troika tun, juristisch gesehen außerhalb des Vertrags der Europäischen Union und ihren Institutionen. Damit sind sie nicht mal an die EU-Charta der Grundrechte gebunden. So üben die eingesetzten Technokraten aus Brüssel, Frankfurt und Washington in den Krisenstaaten erhebliche Macht aus und sind doch keinem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig. Zwar haben die deutschen Beamten Klaus Masuch und Matthias Mors, die für die EZB und die EU-Kommission die Verhandlungen in den »Programmländern« führten, an Anhörungen im Europaparlament teilgenommen. Doch Europas Volksvertreter haben auf deren praktische Politik beim Umgang mit den Regierungen in Athen, Dublin, Lissabon und Nikosia keinen Einfluss.

- Allein die Finanzminister der Euro-Gruppe können den Troika-Beamten Anweisungen geben. In der Praxis wissen aber auch die Minister oft nicht, was ihre Aufseher tun. Sie »unterstützten die Empfehlungen der Troika, ohne ihre konkreten Implikationen zu prüfen«, erklärte der frühere Vorsitzende der Euro-Gruppe und heutige Kommissionschef Jean-Claude Juncker dem Parlament. [...] Dabei agieren die Beamten der EU-Kommission in einer bizarren Doppelrolle. Rechtlich sind sie ausdrücklich verpflichtet, die geltende EU-Verfassung, den Vertrag von Lissabon, einzuhalten. Dort heißt es aber zum Beispiel im Artikel 153, dass die EU und ihre Organe »nicht für das Arbeitsentgelt« zuständig sind, sich also aus Fragen der Lohnfindung heraushalten müssen. Als Mitglieder der Troika tun aber dieselben Beamten genau das. In allen Krisenländern erzwangen sie Reformen zur Lohnsenkung, die von der Kürzung des Mindestlohns über die Abschaffung des Kündigungsschutzes bis hin zur Aushöhlung des Tarifrechtes reichen. Selbst diesen »Vertragsbruch«, wie der Europäische Gewerkschaftsbund befand, ließ die konservativ-liberale Mehrheit im Europaparlament aber unbeanstandet. Nach einer Untersuchung der Troika-Praxis einigten sich die Parlamentarier vor einem Jahr nur darauf, dass die Troika langfristig durch einen »Europäischen Währungsfonds« ersetzt werden soll, der dem EU-Recht und damit der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Das allerdings würde eine Änderung des EU-Vertrags und die Zustimmung aller Regierungen erfordern. ■ Quelle: Harald Schumann, *Der Tagesspiegel* vom 22.02.15

Europäischen Kommission und den Rat der Europäischen Union und kann gegen diese vor dem Europäischen Gerichtshof klagen. Viertens schließlich wählt das EP die Präsident_in der EU-Kommission und bestätigt die EU-Kommissar_innen. Das EP wird alle fünf Jahre durch die Bürger_innen der EU gewählt und ist somit das einzige direkt gewählte Organ der EU. Derzeit umfasst es 751 Sitze. Ähnlich wie der Bundestag und andere nationale Parlamente besteht auch das EP aus verschiedenen eher weltanschaulich als national orientierten Parteien.

Euro-Gruppe Die Euro-Gruppe ist ein informelles Gremium auf Ebene der EU, in dem die Mitgliedsstaaten der Eurozone ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik aufeinander abstimmen. Die Länder der Eurozone sind jeweils durch ihre Finanzminister_innen und ein_e Beamt_in vertreten. Vonseiten der EU sind die Wirtschafts- und Währungskommissar_in der Europäischen Kommission, die Präsident_in der Europäischen Zentralbank und die Vorsitzende des Europäischen Wirtschafts- und Finanzausschusses vertreten. Als informelles Gremium kann die Euro-Gruppe keine rechtskräftigen Beschlüsse fassen.



Protest gegen die Politik der Troika.
Foto: Attac

Alternativen zur EU-Kürzungspolitik

EXPERTENANHÖRUNG (POLITIKBERATUNG, LOBBYING)

Eine Expertenanhörung ist die Simulation eines politischen Beratungsverfahrens. Hierzu werden fachkundige Expertisen unterschiedlicher Interessengruppen, d. h. von wirtschaftlichen Akteuren, zivilgesellschaftlichen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler_innen eingeholt. Idealerweise berücksichtigen politische Entscheidungsträger_innen in ausgewogener Weise die Stellungnahmen derjenigen, die von den Regulierungen betroffen sind. Um den Einfluss von Lobbyist_innen und (mehr oder weniger selbst ernannten) Expert_innen auf die Politik transparenter zu gestalten, wurde auf EU-Ebene ein Lobbyregister eingerichtet. Demnach vertreten in Brüssel etwa 70 Prozent aller Berater_innen und Lobbyist_innen Unternehmensinteressen. Zunehmend werden jedoch auch Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs (wie z. B. Friends of the Earth, Attac, Finance Watch, u. a.) als Expert_innen in politischen Entscheidungsprozessen konsultiert.

Vorgehen:

Die Lernenden erarbeiten ausgewählte Positionen von Interessengruppen und simulieren eine

Expertenanhörung vor politischen Entscheidungsträgern (z. B. vor dem Rat der Europäischen Finanzminister oder dem Finanzausschuss des Europäischen Parlaments). Die Expertengruppen entwickeln auf Basis ausgewählter Materialien Rollenkarten, auf denen die wichtigsten Positionen festgehalten werden. Es wird ein kurzes Statement und eine Empfehlung zur aktuellen Streitfrage vorbereitet. Je ein_e Vertreter_in jeder Interessengruppe wird gewählt, welche_r in der Expertenanhörung mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Es ist ein_e Moderator_in zu bestimmen, welche_r die Leitung und Strukturierung der Diskussion übernimmt.

Anschließend folgt eine Reflexionsphase, in der die gewonnenen Erkenntnisse und der Ablauf der Expertenanhörung ausgewertet werden. Neben der inhaltlichen Reflexion sind somit auch ein Nachvollziehen des Ablaufs politischer Beratungsverfahren sowie die Analyse des Einflusses von Expert_innen und Lobbyist_innen auf politische Entscheidungen möglich. Welche Argumente waren am wichtigsten? Inwiefern wurde ein Kompromiss gefunden? Wie haben die Akteure ihre Positionen durchgesetzt und somit Einfluss auf Politiker_innen ausgeübt?

ARBEITSVORSCHLAG: EXPERTENANHÖRUNG

Sie simulieren eine Anhörung vor der EU-Kommission zu der Frage »Wie ist die zukünftige EU-Krisenpolitik zu gestalten?« Um eine Entscheidung zu ermöglichen, beraten Sie sich zunächst in verschiedenen Interessengruppen aus der Bevölkerung und danach in Staatengruppen, welche aus je einem_r Vertreter_in der Interessengruppen bestehen.

1. Vorbereitung: Finden Sie sich in Interessengruppen (Arbeitslose, Arbeiter_innen/Angestellte, Beamt_innen, Unternehmer_innen, Manager_innen, Studierende/Schüler_innen) zusammen und diskutieren Sie den DGB-Marshallplan (M1) im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik. Entscheiden Sie sich anschließend, an welchem Konzept sich die zukünftige Krisenpolitik der EU orientieren soll und vertreten Sie diese Position in der nächsten Phase in den Staatengruppen.

Berücksichtigen Sie ggf. auch die auf den vorhergehenden Arbeitsblättern erarbeiteten und analysierten Daten.

Leitfragen:

- Inwiefern hätte der DGB-Marshallplan die Situation Ihrer Interessengruppe im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik positiv oder negativ beeinflusst?
 - Welche Möglichkeiten sehen Sie in dem DGB-Marshallplan? Welche Grenzen (auch bezüglich der Umsetzung) existieren?
- 2. Vorbereitung:** Finden Sie sich in Staatengruppen (Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Portugal) zusammen, welche aus je einem_r Vertreter_in der Interessengruppen bestehen. Nun diskutieren Sie innerhalb Ihres Staates unter Einbeziehung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und deren Positionen über den DGB Marshallplan im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik. Führen Sie eine Entscheidung herbei, welche von möglichst breiten Bevölkerungsteilen getragen wird und in der folgenden Phase der Expertenanhörung vertreten wird.

Leitfragen

- Inwiefern hätte der DGB-Marshallplan die Situation Ihres Staates im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik positiv oder negativ beeinflusst?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie in dem DGB-Marshallplan? Welche Grenzen (auch bezüglich der Umsetzung) existieren?

3. Durchführung: Sie führen eine Expertenanhörung vor der EU-Kommission zu der Frage »Wie ist die zukünftige EU-Krisenpolitik zu gestalten?« durch, an der Vertreter_innen der aus unterschiedlichen Interessengruppen bestehenden Staaten teilnehmen.

Bestimmen Sie eine_n Moderator_in, welche_r als Vorsitzender der Kommission neutral ist und die Aufgabe hat, auf die Einhaltung der Regeln einer formalisierten Debatte zu achten.

4. Reflektion: Reflektieren Sie den Ablauf der Expertenanhörung sowie die Vor- und Nachteile des DGB-Marshallplans für verschiedene Interessengruppen. Welche Entscheidungen wurden getroffen? Welche Argumente waren am wichtigsten? Inwiefern wurden Veränderungen im Meinungsbild der Beteiligten herbeigeführt? _____

**M1 Investition in die Zukunft:
Ein neuer Marshallplan für Europa**

1 Die Kürzungspolitik der EU führt den Kontinent
immer tiefer in die Depression. Auch in Nicht-
Krisenstaaten schwindet die Zukunftsfähigkeit.
Nur eine Investitionsoffensive, ein neuer »Mar-
shallplan« macht Europa wieder wettbewerbsfähig
und schafft wirtschaftlichen Erfolg: Für ein neues
Vertrauen der Europäer in die Zukunft ihrer Län-
der und in Europa als Ganzes. [...]

Heute leidet Europa nicht unter Kriegsfolgen,
dafür aber unter den Folgen einer zerstörerischen
Krise: In einigen Ländern ist jeder Vierte arbeitslos,
Armut breitet sich aus. Die Kürzungspolitik führt
immer tiefer in die Depression und zerstört Wirt-
schaftsstrukturen. Auch in Nicht-Krisenstaaten
schwindet die Zukunftsfähigkeit: In Deutschland
rotten Straßen, Brücken und Abwasserkanäle vor
sich hin. Es gibt weder genug Kindertagesstätten
noch genug altersgerechten Wohnraum. Europa
versagt im Kampf gegen den Klimawandel. Der
Investitionsbedarf ist immens.

Deshalb schlägt der Deutsche Gewerkschafts-
bund einen auf zehn Jahre angelegten neuen
»Marshallplan für Europa« vor. Eine Investitions-
offensive von jährlich 260 Milliarden Euro, zwei
Prozent des EU-BIP, soll die Voraussetzung für
Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg
Europas schaffen. Investitionen von jährlich 150
Milliarden Euro in erneuerbare Energien, Netze
und energetische Gebäudesanierung senken den
EU-Energiebedarf und die Brennstoffimporte
langfristig um jährlich 300 Milliarden Euro. 60
Milliarden Euro schaffen eine nachhaltige Ver-
kehrsinfrastruktur und angemessen ausgestattete
Krankenhäuser und Schulen in Europa. Zulagen
und zinsgünstige Kredite in Höhe von 30 Mil-
liarden Euro könnten private Investitionen in

Aufbau und Erhalt industrieller Strukturen för-
dern, die wegen Rezession und Bankenkrise nicht
vorankommen.

Die Europäische Union kann das aus eigener
Kraft stemmen – ohne die EU-Schuldengrenzen
und den Fiskalpakt zu verletzen. In Westeuropa
gibt es rund 27 Billionen Euro an privatem Geld-
vermögen. Krisenbedingt fehlt es aber an siche-
ren Anlageformen – etwa für Versicherungen und
Pensionsfonds. Der letzte sichere Hafen sind deut-
sche Staatsanleihen. Doch die werfen praktisch
keine Zinsen mehr ab.

Dem Investitionsbedarf in Europa steht also
Anlage suchendes Kapital gegenüber. Um beides
zusammenzubringen, fordert der DGB, einen
»Europäischen Zukunftsfonds«, der vom Europä-
ischen Parlament kontrolliert wird. Dieser Fonds
gibt verzinsliche Anleihen aus und schafft so An-
lagemöglichkeiten. Zins- und Tilgungszahlen
kommen aus den Einnahmen einer Finanztrans-
aktionssteuer. Damit der Fonds genug Kapital
einsammeln kann, muss er als solventer Schuldner
gelten. Dazu braucht er genug Eigenkapital, das
durch eine einmalige Vermögensabgabe aufge-
bracht werden kann.

Der Marshallplan würde die EU-Wirtschafts-
leistung um rund 400 Milliarden Euro pro Jahr
erhöhen. Eine gute Grundlage für neun bis elf
Millionen zusätzliche Vollzeitjobs, und zusätzliche
Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungs-
beiträgen. Mit Prosperität und Wohlstand für alle
wächst dann auch wieder das Vertrauen der Euro-
päer – in die Zukunft ihrer Länder und in Europa
als Ganzes. ■ Quelle: Stellungnahme des DGB-Vorstandsmitgliedes Claus
Matecki vom 17.07.2013

ARBEITSVORSCHLAG (IM ANSCHLUSS AN DIE EXPERTENANHÖRUNG)

5. Überlegen Sie, inwiefern der DGB-Marshallplan weitreichend genug ist, um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU zu kompensieren, oder ob nicht etwa grundlegende Veränderungen des Wirtschafts- und Finanzsystems notwendig wä-

ren. Ausgehend von dieser Frage analysieren Sie zunächst allein, danach in Ihren Staatengruppen den Vorschlag zur Vergesellschaftung des Kreditsektors (M2). Unter Einbeziehung verschiedener Interessengruppen beurteilen Sie für Ihren Staat den Nutzen und die Relevanz des Konzeptes. —

M2 Vergesellschaftung des Kreditsektors unter Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger

1 [...] Die Kapitalisten haben gezeigt, bis zu welchem Grad sie fähig sind, Gesetzen zuwiderzuhandeln und Risiken einzugehen, ohne die Folgen zu tragen, nur um ihre Gewinne zu steigern. Ihre Tätigkeit kostet die Gesellschaft regelmäßig einen hohen Preis. Die Gesellschaft, die wir aufbauen wollen, hat als Leitbild Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und die Wiederherstellung ausgeglichener Beziehungen zwischen den Menschen und der übrigen Natur. Aus diesen Gründen muss der Kreditsektor vergesellschaftet werden. Frédéric Lordon schlägt dazu »eine vollständige Entprivatisierung des Kreditsektors vor« (Lordon 2012: 242).

15 Den Kreditsektor vergesellschaften bedeutet:

- -die entschädigungslose (oder höchstens symbolische Entschädigung mit einem Euro) Enteignung der Großaktionäre; Kleinaktionäre werden entschädigt;
- 20 · -die Überführung des gesamten Bankensektors in den öffentlichen Dienst, mit Ausnahme der kleinen Genossenschaftsbanken; für diese gelten dieselben Regeln wie für die öffentlichen Banken;
- 25 · -die Schaffung eines Netzwerkes öffentlicher Spar-, Kredit- und Investitionsbanken mit kleinen, bürgernahen Standorten;
- -die Festschreibung der Ziele und Maßnahmen in einer unter Beteiligung von Bürgervertretern ausgearbeiteten Charta;
- 30 · -Transparenz in der Kontenbuchführung, die der Öffentlichkeit allgemeinverständlich dargelegt werden muss.

35 Ich bevorzuge den Begriff »Vergesellschaftung« gegenüber dem der »Nationalisierung« oder »Verstaatlichung« um klarzustellen, wie entscheidend die Kontrolle durch die Bürger ist. Kontrolle be-

deutet, dass die Beschlüsse von Führungskräften, Vertretern der Angestellten, der Kunden, der Vereine, Gemeindeabgeordnete sowie Vertreter nationaler und regionaler Bankgremien gemeinsam gefasst werden. Wie die Bürger eine aktive Kontrolle ausüben können, kann nur auf demokratischem Wege festgelegt werden. Die Beschäftigten im Bankensektor müssen ermutigt werden, die Bankgeschäfte zu kontrollieren und sich an der Organisation der Arbeit aktiv zu beteiligen. Die Geschäftsleitungen der Banken müssen jährlich einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Es muss ein bürgernaher und qualitativ hochwertiger Bankdienst gefordert werden, der mit der derzeitigen Auslagerungspolitik bricht. Das Personal der Finanzinstitute muss ermutigt werden, die Kundenschaft wirklich zu beraten und mit aggressiven Geschäftspraktiken zu brechen.

Die Vergesellschaftung des Bankensektors und seine Überführung in den öffentlichen Dienst ermöglicht:

- 60 · -die Bürger und die öffentlichen Einrichtungen der Macht der Finanzmärkte zu entziehen;
- -die Projekte der Bürger und der öffentlichen Hand zu finanzieren;
- -die Bankgeschäfte dem Gemeinwohl zu widmen, unter anderem mit dem Auftrag, den Übergang von einer kapitalistischen und produktivistischen zu einer sozial und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft zu erleichtern;

70 Patrick Saurin schreibt hierzu: »Heute geht es nicht mehr darum, die Verluste der Banken zu vergesellschaften, sondern den Bankbetrieb selbst, in seinem vollen Umfang« (Saurin 2013; Sudgroupe BPCE 2012). [...]

Quelle: Eric Toussaint (2014): Alternativen zur Krise, in: *Emanzipation*, 4/2

attac
Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

www.attac.de/bima